18.04.2013
069a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ

Sperrfrist: Donnerstag, 18. April 2013, 18.00 Uhr!
Es gilt das gesprochene Wort!

Grußwort
des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,
Erzbischof Dr. Robert Zollitsch,

beim Jahresempfang des Deutschen Caritasverbandes
im Rahmen des 3. Caritaskongresses
am 18. April 2013 in Berlin

Als mich am vergangenen Sonntag die Nachricht vom Tod Prälat Georg Hüsslers, dem Ehrenpräsidenten des Deutschen Caritasverbandes, erreichte, wurden viele Erinnerungen in mir lebendig. Wir kannten uns seit meiner Zeit als Theologiestudent. Für mich standen sein Name, sein Leben und Wirken, immer für Caritas. Schon während meiner Zeit als Vorsteher in unserem Freiburger Priesterseminar Collegium Borromaeum hatte ich viele Gelegenheiten zur Begegnung mit Georg Hüssler – oft schon durch die zahlreichen Gäste des Caritasverbandes, die aus allen Teilen der Welt nach Freiburg kamen und dann in unserem Haus wohnten. Mit den Gästen aus den verschiedenen Ländern begegnete ich auch den Fragen, Sorgen und Anliegen der Christen dieser Länder. Zugleich erlebte ich, wie Georg Hüssler Gäste empfing und aufnahm, sich in ihre Lage hineindachte und seine Erfahrung sensibel und doch klar und bestimmt einbrachte. Dabei kamen stets sein breites Wissen, seine Vertrautheit mit der jeweiligen Situation vor Ort und seine wache Bereitschaft zur Hilfe zum Vorschein.

Das zeichnet Caritas aus: Hilfe, die den Anderen wahr- und ernst nimmt; Beistand, der nicht einem Strohfeuer gleicht, sondern langfristig denkt und immer auch Rahmenbedingungen mit im Blick hat; Unterstützung, die fachliche Qualifikation mit menschlicher Zuwendung zu verbinden weiß. Zu diesem Leitbild, das im Glauben an Jesus Christus und in der Liebe Gottes zu uns Menschen wurzelt, gehört zugleich auch eine Gesellschaft, die die Risiken eines oft allzu einseitigen ökonomischen Denkens erkennt und gerade auch die Werte fördert, die sich nicht unmittelbar in Bilanzen niederschlagen. Vielleicht bräuchte es in unseren Nachrichtensendungen auch so etwas wie einen DAX

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: http://www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

der zwischenmenschlichen Werte, der uns über die aktuelle Kursentwicklung der Nächstenliebe und Solidarität in unserem Land und in Europa informiert; der deutlich macht, dass es sich lohnt, in Menschlichkeit und Barmherzigkeit zu investieren. Eine Gesellschaft, in der die Leitwährungen „Verantwortung, Vertrauen und Gerechtigkeit“ heißen, braucht sich vor der Zukunft nicht zu fürchten. Damit diese zwischenmenschlichen Leitwährungen wieder stärker im Kurs steigen, gilt, was im Leitwort der Kampagne des Deutschen Caritasverbandes anklingt: „Wir schaffen es nur gemeinsam!“

So betrifft es uns alle, wenn immer weniger junge Menschen Familien gründen. Denn ohne Familien haben wir keine Zukunft. Obwohl uns dies allen bewusst ist, ist bisher eine Trendwende hin zu einer familienfreundlicheren Gesellschaft nur ansatzweise gelungen. Viele Umfragen bestätigen: Junge Menschen leben in einer starken Spannung zwischen dem innigen Wunsch nach einem Leben in Ehe und Familie einerseits und den Anforderungen in Beruf und Arbeitswelt andererseits. Der an der Universität St. Gallen lehrende Philosophieprofessor Dieter Thomä sprach in einem Interview[1] gar davon, dass der Kapitalismus ganz subtil die Familie zersetze. Und zwar deshalb, weil das Leben und Zusammenleben in Ehe und Familie Haltungen erfordert, die in anderen Bereichen der Gesellschaft wenig Unterstützung erfahren: Dort werden meist Mobilität, Durchsetzungsvermögen, Konsum- und Erlebnisorientierung gefördert, und eine Mentalität belohnt, die sich stets Wege offen hält und sich nicht völlig festlegt. Dagegen lebt die Ehe von Stabilität und Verlässlichkeit und Familie ist unkündbar. Auch die Familienpolitik darf nicht der Gefahr einer Verzweckung und Funktionalisierung erliegen. Eine Politik, die primär an der „Marktfähigkeit“ des Menschen und am „Humankapital“ der Familien interessiert ist, wird den eigentlichen familiären Belangen nicht gerecht. Nur allzu leicht geraten so die Handlungsfreiheit der Familien und das Kindeswohl aus dem Blick. Sind viele heute nicht in Gefahr, Kinder zuerst und vor allem als Einschränkung, Last und finanzielle Belastung zu sehen? Wer Kindern das Leben schenken und sie für das Leben erziehen darf, wird neben aller Sorge und Mühe reich beschenkt und darf viel Freude, Liebe und Zuwendung erfahren. Gerade Eltern, die ungewollt kinderlos bleiben, spüren, was ihnen fehlt und worauf sie verzichten müssen. Professor Paul Kirchhof hat bei meinem Neujahrsempfang ein eindrucksvolles Plädoyer für die Familie abgelegt und seine Überlegungen in der Anregung gipfeln lassen: „Wenn wir das Denken zu Gunsten der Familie radikal verändern wollen, sollten wir ernstlich erwägen, einmal für ein Jahr in allen Medien nicht nur für Waren, sondern für das Leben mit Kindern, für die Familie zu werben – durch einladende Bilder, einladende Worte, sinnstiftende Gedanken.“[2] Denn die Eltern sind es, die Kinder in den Raum der Kultur einführen, ihnen die Muttersprache vermitteln, sie das Musizieren lehren, sie die Hände falten lassen. Würde den Kleinkindern in der Familie all dies vorenthalten, so nähme man den Kindern die Freiheit, sprechen zu können, musizieren zu dürfen, das Glück des

[1] Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 16. Dezember 2012, S. 39.
[2] Aus dem Glauben Zukunft gestalten – Grußworte bei den Neujahrsempfängen 2013, hrsg. vom Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg, S. 18.

Glaubens zu erleben. Wir würden die Kinder künstlich in der Grundrechtsunmündigkeit verharren lassen. Soweit Professor Kirchhof.

Hier wird deutlich, wie sehr wir gefordert sind, die Familie als die „Schule der Humanität" (Familiaris consortio, 21) zu schützen und zu stärken. Wir brauchen ganz grundlegend eine familienfreundliche und Familien fördernde Gesellschaft, die Rahmenbedingungen schafft, in denen die Familien ihre Aufgaben wahrnehmen können. Denn in Ehe und Familie erfährt die Würde des Menschen Hochachtung, weil sich ein Mensch ganz für den Partner und die Kinder entscheidet – mit allen Höhen, Tiefen und Veränderungen, in Zeiten der Freude und Stunden des Leids. Wo diese Haltung mit der Muttermilch aufgesogen wird, gewinnt auch eine Gesellschaft an Zusammenhalt. Wo unser Leben von gegenseitiger Rücksichtnahme geprägt ist und der Bereitschaft, immer wieder auch die eigenen Wünsche zu Gunsten von Entwicklungsmöglichkeiten des anderen zurückzustellen, gelingt unser Zusammenleben. Nicht zuletzt geht es auch darum, Ehe und Familie als wichtige Schulen der Versöhnung und grundlegende Lernorte des Verzeihens zu erleben. Nach einer Anfang April dieses Jahres veröffentlichten Studie der Stiftung für Zukunftsfragen vertrauen drei Viertel aller Bundesbürger der eigenen Familie, den Freunden und dem eigenen Partner, wohingegen das Zutrauen in Politik, Wissenschaft und Institutionen – auch der Kirchen – deutlich zurückgegangen ist.[3] Ja, in der Familie ist der erste und entscheidende Ort, wo die Kinder Werte und Tugenden erlernen: wie Liebe, Treue, Vertrauen, Verantwortung, Rücksicht und Solidarität, die auch für unsere Demokratie unerlässlich sind.[4]

Umso mehr wundert es, wenn Eltern im Verhältnis zu kinderlosen Paaren in wirtschaftlicher Hinsicht stärker belastet werden. Sie haben zusätzliche Ausgaben für die Versorgung und Ausbildung der Kinder und oft auch ein niedrigeres Einkommen aufgrund geringerer Erwerbsbeteiligung. Dies führt zu eingeschränkten Möglichkeiten der Vermögensbildung aufgrund des deutlich niedrigeren Pro-Kopf-Einkommens und schließlich auch zu einer geringeren Alterssicherung aus der Rentenkasse. Und gerade dies ist in besonderem Maß ungerecht. Erbringen doch Familien durch ihre Sorge für die nachwachsende Generation den entscheidenden Beitrag zum Generationenvertrag, der Rentenleistungen in Zukunft erst möglich macht. Es gilt, die Teilhabechancen aller Familienmitglieder am gesellschaftlichen Leben zu optimieren. Dazu gehört auch, Eltern ein Angebot unterschiedlicher Möglichkeiten zu eröffnen, damit sie ihre Vorstellungen für ein Leben in Familie verwirklichen können. Sie brauchen Handlungsräume, um sich in den unterschiedlichen Lebensphasen und besonderen Familiensituationen für das Wohl jedes einzelnen Familienmitglieds, vor allem der Kinder, entsprechend entscheiden zu können. Die Freiheit der Eltern, das Erwerbs- und Familienleben je nach eigenen Prioritäten zu gestalten, wird unter anderem durch das Ehegattensplitting unterstützt. Dass dies die Mehrheit der Eltern so sieht, bestätigt eine aktuelle Umfrage, die

[3] Vgl. dazu Familie, Freunde, Partner – Wem die Deutschen vertrauen, Stiftung für Zukunftsfragen, Newsletter, Ausgabe 245, 34. Jahrgang, 3. April 2013.

[4] Vgl. dazu Demokratie braucht Tugenden. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens, Bonn 2006.

kürzlich auf der Titelseite der Zeitung „DIE WELT“ mit der Überschrift zusammengefasst war: „Ehegattensplitting ist den Eltern heilig“[5]. Es dient primär der Steuergerechtigkeit und schützt die Ehe als Erwerbs- und Verbrauchsgemeinschaft in besonderer Weise. Die immer wieder neu auflebende Diskussion über die Ausweitung der gegenwärtigen Form des Ehegattensplittings auf ein Familiensplitting sollte durchaus geprüft werden. Jedoch darf dies das Ehegattensplitting in seinem Bestand nicht gefährden. Neben diesen wirtschaftlichen Aspekten beeinträchtigen auch Veränderungen in der Wahrnehmung von Kindern das Leben junger Familien. Durch die relativ geringe Zahl an Kindern in unserem Land sind die Bedürfnisse von Kindern immer mehr Menschen fremd geworden. Wir brauchen eine Haltung, wie sie uns Prälat Hüssler eindrucksvoll vorgelebt hat: ein offenes Ohr, waches Herz und beherztes Eintreten für die Belange von Familien und Kindern. Es geht um das Wohl der Kinder und damit um die Zukunft unserer Gesellschaft.

Sspätestens beim Blick auf die Umkehrung der Alterspyramide in unserem Land mit ihren Folgen für das Staatswesen – wie Rückgang der Steuereinnahmen, hohe Rentenausgaben und wachsende Krankheitskosten – muss allen und jedem deutlich werden: Es ist notwendig, dass unsere Gesellschaft wieder kinder- und familienfreundlicher wird; dass wir junge Menschen fördern und dabei unterstützen, eine Familie zu gründen. Es stellt sich uns allen die Frage, ob wir uns genügend an den Bedürfnissen der Familien orientieren. Manche familienpolitische Forderung – zum Beispiel jene, die dreijährige Elternzeit zu verkürzen – scheint eher ein Anliegen der Arbeitgeber als der Familien selbst zu sein. Mit Blick auf die Diskussion um die familienfreie Mitversicherung in der Sozialversicherung verstärkt sich der Eindruck, dass die öffentliche Debatte viel zu einseitig nur die Finanz- und Leistungsströme hin **zu** den Familien betrachtet, während die Leistungen der Familien **für** die Gesellschaft oft zu kurz kommen. Wiederholt haben wir Bischöfe eine familiengerechte Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung und eine bessere Anerkennung von Erziehungsleistungen gefordert. Wir begrüßen daher ausdrücklich die angekündigte Erhöhung der Renten von Müttern mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden. Die beabsichtigte Erhöhung des Rentenanspruchs um einen Entgeltpunkt ist ein erster und wichtiger Schritt, die Ungleichbehandlung von Geburten vor und nach 1992 aufzuheben. Dieser Schritt sollte möglichst bald umgesetzt werden.

Wie in der umlagefinanzierten Rentenversicherung werden auch in der gesetzlichen Krankenversicherung die systemstabilisierenden Leistungen von kinderbetreuenden Eltern nur unzureichend honoriert. Die beitragsfreie Mitversicherung ist nicht in erster Linie eine Leistung des Staates, sondern ein gewisser Ausgleich für die Familien dafür, dass sie spätere Steuer- und Beitragszahler aufziehen. In der Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme spiegelt sich wider, was der Gesellschaft und dem Staat die Familie wert ist.

Wohl die größte Herausforderung im Bereich der Familienpolitik ist der vereinbarte Krippenausbau. In wenigen Jahren sollen 750.000 Krippenplätze bundesweit zur Verfügung

[5] DIE WELT vom 10. April 2013.

stehen. Für Länder, Kommunen, aber auch die Träger solcher Einrichtungen, zu denen auch die katholische Kirche und ihre Caritas zählen, bedeutet dies eine große Verantwortung. Entwicklungspsychologen, Neurologen und Kinderärzte weisen uns eindringlich darauf hin, welche hohen Qualitätsanforderungen an Krippenplätze hinsichtlich Ausstattung und Personalschlüssel zu stellen sind. Um der Kinder willen dürfen wir an dieser Stelle keine Abstriche machen. Betreuung allein ist zu wenig. Kinder wollen angenommen, geliebt, wertgeschätzt und auch altersgemäß gefördert und gefordert werden. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Ausbau der Krippenplätze scheint mir ein Gesichtspunkt wichtig. Auf ihn weist der katholische Kindergartenverband – als Fachverband des Deutschen Caritasverbandes – hin, der im vergangenen Jahr sein 100jähriges Bestehen feierte. In seinem aus Anlass seines Gründungsjubiläums veröffentlichten Kölner Memorandum[6] heißt es nachdrücklich: Die Eltern sind als Experten der Erziehung ihrer Kinder ernst zu nehmen und in die Arbeit der Kindertagesbetreuungsstätten einzubeziehen. Dahinter steht der wichtige Gedanke, dass Kindergärten die Erziehungsleistung der Eltern nicht ersetzen können. Sie können sie nur ergänzen und wollen sie unterstützen. Deshalb ist es wichtig, unabhängig vom Krippenausbau die Eltern in ihrem Erziehungsauftrag zu stärken. Dazu gehört, wie der prominente Kinderarzt Dr. Böhm sagt, dass wir Müttern und Vätern immer neu die Bedeutung bewusst machen, „die ihre liebevolle und kontinuierliche Präsenz für die gesunde seelische Entwicklung ihrer Kinder gerade in den ersten Lebensjahren hat.“[7] Dazu gehört auch, dass wir Angebote zur Erziehungsberatung vorhalten und die Eltern mit ihrer Verantwortung nicht allein lassen. Zugleich ist es eine gute Entwicklung, wenn Eltern die Möglichkeit haben, zwischen unterschiedlichen Familienmodellen zu wählen. Dies führt dann auch zu unterschiedlichen Unterstützungsleistungen. So erscheint es durchaus plausibel, sowohl eine finanzielle Anschlussleistung an das Elterngeld als auch einen Anspruch auf Kindertagesbetreuung zu gewähren.

Mit dem Motto „Familie schaffen wir nur gemeinsam“ kommt deutlich zum Ausdruck, dass jede und jeder von uns in der je eigenen Verantwortung gefordert ist, Ehen zu stärken und Familien zu fördern. So zeigt sich: Über die Solidarität **in** der Familie hinaus bedarf es der Solidarität **mit** der Familie und der solidarischen Verantwortung von Staat und Gesellschaft **für** die Familie, damit die Familien auch in Zukunft den Anforderungen gewachsen sind und Familienleben in seinen vielfältigen Ausprägungen gelingen kann.

Eine kinderfreundliche Gesellschaft ist nicht nur eine Frage der äußeren Rahmenbedingungen, sondern vor allem und in erster Linie der inneren Einstellung: Wo junge Frauen spüren dürfen, dass das Muttersein von der Gesellschaft begrüßt; wo Eltern erleben können, dass auch eine „Familienpause" in vielfacher Hinsicht unterstützt wird; wo Familien mit Kindern nicht schräg „angeschaut“, sondern willkommen geheißen werden, da wächst ein

[6] Zeit und Raum für Kinder. Eine Programmatik für die Zukunft anlässlich des 100-jährigen Verbandsjubiläums.
[7] Dr. med. Rainer Böhm: Die dunkle Seite der Kindheit, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. April 2012, S. 7.

kinderfreundliches und familienförderndes Klima. Ein Klima, das sich nicht nur in schönen Worten, sondern in aktiven Taten niederschlägt. Ich bin sicher: Das schaffen wir gemeinsam!